

Schalck

Deckname Ikarus

Die Berliner Justiz untersucht den Verkauf der Schalck-Hausbank an die Frankfurter Bank für Gemeinwirtschaft – ein Geschäft voller Merkwürdigkeiten.

Der Deal war verboten und deshalb streng geheim. Monatlang lieferte das kleine rheinische Unternehmen P.M. Majunke konspirativ elektronisches Material in die DDR – zwischen März und August 1986 lag der Warenwert bei 10,3 Millionen Mark.

Hinter dem Empfänger, der Elektronik Export-Import GmbH am Ost-Berliner Alex, steckte Erich Honeckers Wundermann Alexander Schalck-Golodkowski, Chef der Valutabehörde „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo).

Offiziell bekam Majunke sein Geld von der schweizerischen Banque Paribas

S.A. in Basel. Das Konto mit der Nummer 377 478 T. hatte Schalck von Funktionären der Deutschen Handelsbank (DHB) einrichten lassen – die Genossen dort waren Spezialisten für Geldtransfers aller Art.

Die DHB verwaltete Sonderkassen des SED-Generalsekretärs Honecker sowie einen Geheimfonds des Stasi-Ministers Erich Mielke und managte verdeckte Finanzoperationen – etwa die Alimentierung westdeutscher Kommunisten aus Schalcks Schatullen.

Gut 70 Prozent aller Einlagen bei der DHB waren KoKo-Gelder. Um gewappnet zu sein, sollte Geldhai Schalck im „Kriegsfall und im Verteidigungszustand“ die Führung der Bank gleich mit übernehmen – um für das SED-Politbüro die „hohe operative Beweglichkeit“, so der DDR-Wirtschaftslenker Günter Mittag, in Gelddingen zu sichern.

Die Zeiten sind vorbei. Seit November letzten Jahres gehört Schalcks Hausbank mehrheitlich der Frankfurter Bank für Gemeinwirtschaft (BfG). Wie die kommunistische DHB zur kapitalistischen BfG kam, dafür interessiert sich inzwischen der Schalck-Untersuchungsausschuß des Bundestages.

Der Verkauf steckt voller Merkwürdigkeiten:

- ▷ Laut Kontrakt zahlte die BfG an den Bund 225,28 Millionen Mark; BfG-Chef Paul Wieandt nannte in kleinem Kreis jedoch stets eine Summe von 264 Millionen.
- ▷ Nach eigener Darstellung erwarb die BfG 64 Prozent der DHB-Anteile; der Minderheitsgesellschaftler, die Berliner Treuhänder, aber nennt offiziell 69 Prozent.
- ▷ In der vorläufigen DHB-Bilanz vom 1. Juli 1990 tauchen die Beteiligungen an florierenden früheren KoKo-Unternehmen mit 65,7 Millionen Mark auf; in Wahrheit sind sie fast das Zehnfache wert.

Insidern ist rätselhaft, warum in Wieandts Erzählungen die Bank um 40 Millionen teurer war als im Vertrag fixiert; auch die fünf Prozentpunkte bei der angekauften Beteiligung bleiben ein Mysterium. „Vielleicht“, so ein Bonner Abgeordneter, „versteckt sich dahinter irgendeine Art von Provisionszahlung.“



BfG-Chef Wieandt

Beziehungen schon vor der Wende

Mit dem Kauf der DHB-Mehrheit übernahm die BfG gleichzeitig den gesamten Bestand der DHB-Akten und anderer Geschäftsunterlagen – einige zeugten offenbar von Geschäften der bis 1986 gewerkschaftseigenen BfG mit Schalcks KoKo, über die heute niemand mehr reden möchte.

Zwar durfte die gegen Schalck und KoKo ermittelnde Berliner Staatsanwaltschaft alle Akten kopieren, die mit den Verkaufsmodalitäten zu tun haben. Die Dokumente aber sind nicht viel wert, weil wesentliche Details mündlich verhandelt wurden.

Auch sonst herrscht Schweigen: Laut Paragraph 5 des Kaufvertrages, Überschrift „Diskretion“, hat sich die Verkäuferin der DHB, die ehemalige DDR-Staatsbank, verpflichten müssen, „alle ihr bekannten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der DHB streng vertraulich zu behandeln“.

Gerade diese Geheimnisse aber interessieren die Ermittler. Denn über die 1956 gegründete DHB wickelte Alexander Schalck-Golodkowski fast alle heiklen Geschäfte ab, offizielle wie private.

So gab der Genosse beispielsweise einen Monat vor seiner Flucht aus der DDR einer Mitarbeiterin Order, vom DHB-Konto 0745 mehr als 660 000 US-Dollar abzuheben. Die überreichte das Geld Schalcks Sekretärin, formlos ohne Quittung. Es sei „nicht üblich“ gewesen, Belege zu verlangen, gab die Mitarbeiterin später zu Protokoll. „Verbleib und Verwendung dieses Betrages“, resümierte ein Revisionsbericht, „konnten nicht geklärt werden.“

Auf dem von Schalck verwalteten Honecker-Konto 0628, eröffnet am 29. März 1974, mußten „zur ständigen freien Verfügung 100 Millionen DM flüssig gehalten“ werden – und die verteilte der



DHB-Beteiligungsobjekt Handelszentrum
300 Millionen für die BfG

SED-Generalsekretär nach Gusto: Mal gab er 140 Millionen Mark für den Import japanischer Autos aus, mal 80 Millionen Mark zur Unterstützung der Schwestern und Brüder in Polen. Die letzte Überweisung vor Honeckers Sturz ging nach Nicaragua: 16 Millionen Westmark für die Sandinisten.

Das DHB-Konto 0745 wurde gespeist aus Geldern, die etwas außerhalb der Legalität erwirtschaftet wurden – etwa durch die Waffenhandelsfirma Imes oder jenes Netz getarnter KoKo-Firmen in Westdeutschland, die im letzten Jahr vor der Wende über drei Milliarden Mark umsetzten.

In den bislang zugänglichen Dokumenten taucht bereits die BfG auf. Im April 1989, sechs Monate vor der Wende, mußte KoKo für den Ankauf von Computer-Software (Decknamen der Unternehmung: „Ikarus“, „Objekt X“) eine knappe Million Mark zahlen. Schalck beglich die Summe per Barscheck, den die DHB über ihr Konto 1904101300 bei der Berliner BfG-Filiale ausbuchte.

Damals war die unauffällige, als private Geschäftsbank deklarierte DHB in der DDR kaum jemandem bekannt. Sie hatte nur knapp 100 Mitarbeiter und arbeitete im Schatten der offiziellen Deutschen Außenhandelsbank (DABA). 64 Prozent der Anteile hielt die DDR-Staatsbank, die restlichen 36 Prozent teilten sich fünf Ost-Unternehmen.

Schalcks Hausbank war, wie der gesamte KoKo-Bereich, nach streng konspirativen Regeln organisiert. Die einzelnen Abteilungen arbeiteten abgeschottet, nicht mal die eigenen Revisoren hatten Einblick in den Lauf der Geschäfte. Der West-Justiz gegenüber beteuerte später DHB-Chef Feodor Ziesche, er habe von KoKo-Geschäften nur wenig gewußt.

In Wahrheit muß der Schalck-Vertraute Ein- und Durchblick gehabt haben. Die DHB war an etlichen KoKo-Unternehmen beteiligt – etwa am erfolgreichen Handelshaus Intrac (29 Prozent), an der Berliner Import und Export GmbH (31 Prozent) oder am Internationalen Handelszentrum (IHZ) in Berlins bester Lage; unmittelbar hielt die DHB 29 Prozent IHZ-Anteile, mittelbar sogar 42 Prozent.

Als im Frühjahr 1990 die Zwischenära des letzten sozialistischen DDR-Chefs Hans Modrow zu Ende ging und sich die deutsch-deutsche Währungsunion abzeichnete, witterte der neue BfG-Chef

Paul Wieandt ein Bombengeschäft. Wieandt hatte sich immer schon für Ost-Handel interessiert und im Oktober 1988, noch als Vorstandsvorsitzender der rheinland-pfälzischen Landesbank, die Finanzgesellschaft Eurasco Zürich AG gründen helfen. Mit dabei: DDR-Bürger Günter Grötzinger, Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Silber, damals stellvertretender Generaldirektor von KoKo-Intrac und ein Konfident Schalcks.

Wieandt, der auch DHB-Chef Ziesche schon zu Vorwende-Zeiten gut kannte, bekundete nach den DDR-Wahlen im März 1990 als erster Banker Interesse an Schalcks Institut. Möglicherweise wußte der BfG-Boß schon da-



Ex-Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski
Hohe operative Beweglichkeit

mals, was der Bundesnachrichtendienst (BND) erst im November vorigen Jahres recherchierte – daß die alte DDR-Regierung die KoKo-Firmen bis zuletzt kräftig mit Staatsgeldern gesponsert hatte. Allein die Intrac seines Eurasco-Kollegen Grötzinger bekam 300 Millionen Mark – „ohne die Summe zurückzahlen zu müssen“, wie der BND der Bonner Regierungszentrale meldete.

Ende April 1990 beauftragte die BfG das Düsseldorfer Wirtschaftsprüfungsunternehmen Wollert-Elmendorff, ein Gutachten („Businessmen's Review“) über den Status der DHB zu erstellen. Am 18. Mai meldeten die Experten: „Bei Berücksichtigung der zurückgehenden Ertragslage sowie der sich aus dem Kredit- und Beteiligungsbereich ergebenden Risiken“ sei ein Preis in Höhe des Nominalwertes, nämlich 320 Millionen Mark, „als angemessen anzusehen“.

Schon am 28. Juni wollte die BfG für 204 Millionen Mark den 64-Prozent-Anteil kaufen, den die DDR-Staatsbank hielt; die Treuhand, die mittlerweile die 36 Prozent der alten Ost-Firmen übernommen hatte, wurde erst gar nicht gefragt. Den Verkaufstermin sagte die Staatsbank wieder ab, „ohne Angabe von Gründen“.

Inzwischen gab es auch andere Interessenten, darunter die Berliner Handels- und Frankfurter Bank (BHF-Bank). Und die bot mehr: 352 Millionen Mark für beide Beteiligungspakete.

Den ganzen Sommer über wurde verhandelt. Die Staatsbank tendierte zur BfG aus mehreren Gründen: Zum einen war Wieandt bereit, den „Kaufpreis ohne

Bilanzgarantie zu zahlen“ (ein Unterhändler); zum anderen wählte der Verkäufer, die Staatsbank, die BfG könne einen „dynamischeren Umstrukturierungsprozeß“ und einen „besseren Einsatz der DHB-Mitarbeiter“ garantieren.

Für den Verkauf an die BfG machte sich auch die DHB-Tochter Deutsche Auslands- und Rückversicherungs-AG (Darag) stark – Darag und Wieandts Kind, die Eurasco Zürich AG, sind gemeinsam an einer Gesellschaft in Wien beteiligt.

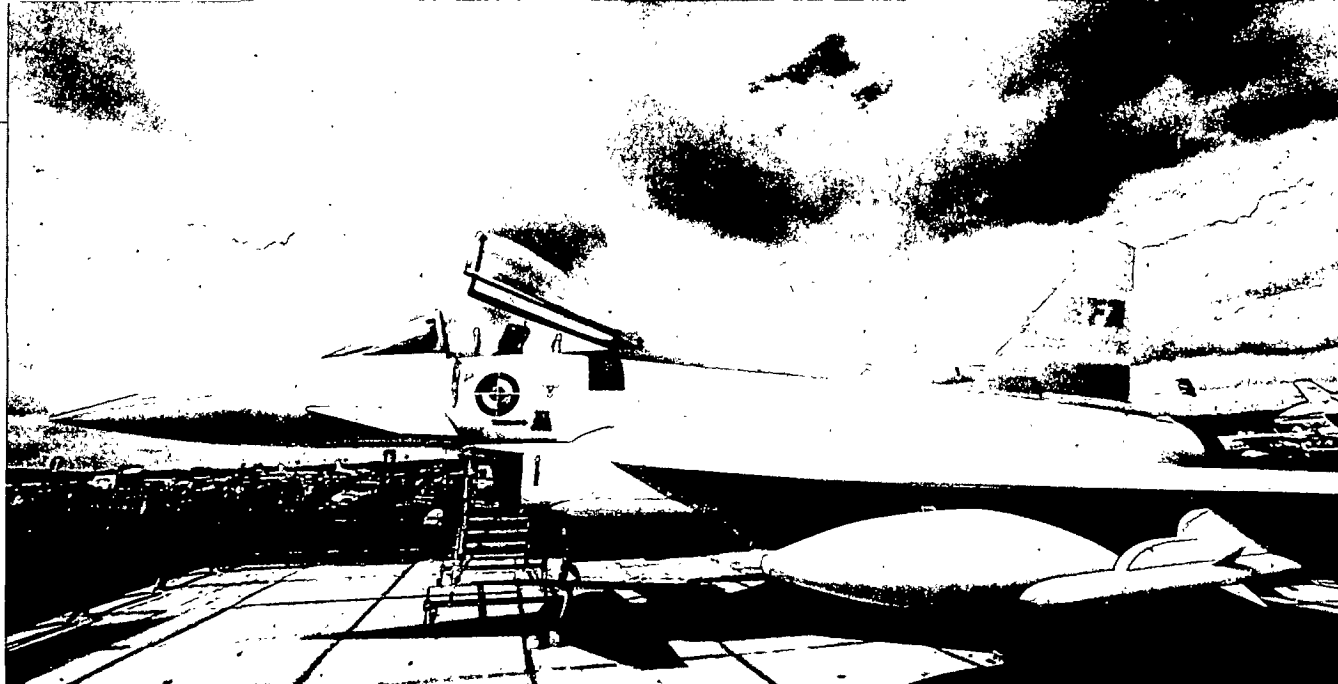
Doch Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU), seit dem 3. Oktober 1990 Hausherr in der Ost-Berliner Staatsbank, entschied anders. Am 23. Oktober ordnete er an, daß die BHF-Bank den Zuschlag bekommen solle. Eine Woche später wurde der Kaufvertrag nach zehnstündiger Verhandlung paraphiert. Am 7. November aber

meldete die BHF-Bank plötzlich nach Bonn, der Vertrag sei „als gegenstandslos“ zu betrachten.

Hintergrund für den Absprung waren zwei Kriminalaffären. Zwischenzeitlich hatten Berliner Fahnder ermittelt, daß über DHB-Konten illegale sogenannte Transferrubel-Geschäfte abgewickelt und für die SED-Nachfolgerin PDS 107 Millionen Mark angeblich nach Moskau überwiesen worden waren – die BHF-Manager witterten Unrat.

Tags drauf, am 8. November, klinkte sich die BfG prompt wieder ein. Nun war sie einziger Interessent – und bekam Schalcks Bank. Wieandt freute sich nicht nur über den kleinen Preis von 225,28 Millionen Mark; vor allem den Beteiligungsbesitz der DHB fand er „hochinteressant“.

In Zahlen aber schlug sich Wieandts Emphase nicht nieder. In der DHB-



Jäger 90 (Modell): „Zu teuer und paßt nicht in die politische Landschaft“

Bilanz tauchte der Wert der Beteiligungen gerade mal mit 65,7 Millionen Mark auf. Grundstücke und Gebäude wurden mit 8 Millionen Mark taxiert.

Dabei ist allein die DHB-Beteiligung am IHZ, das neben dem Hochhaus Friedrichstraße zwei Bürohäuser und ein Parkhaus in bester Lage besitzt, unter Brüdern knapp 300 Millionen Mark wert. Ein Verkauf der Intrac könnte der BfG 80 Millionen Mark bringen, ein Verkauf der Berliner Makler- und Handelsvertretergesellschaft über 50 Millionen Mark.

Ein halbes Jahr nach dem Verkauf der DHB kam dem Finanzminister die Vermutung, die Beteiligungen könnten doch zu niedrig angesetzt sein. Auch die Staatsanwaltschaft prüfte, da mittlerweile Gerüchte aufgetaucht waren, zu Modrows Zeiten seien „falsche Zuordnungen von Vermögenswerten bei den Ko-Ko-Firmen vorgenommen“ (ein Bonner Finanzministerialer) worden; dies habe möglicherweise zu „unzutreffenden“ – nämlich geringeren – „Wertvorstellungen der DHB“ geführt.

Bei einem Treffen im Bonner Finanzministerium ließen sich Waigels Beamte schnell beruhigen. Die Beteiligungswerte seien in Ordnung, „positive Geschäftsentwicklungen nicht zu erkennen“. Das IHZ-Gebäude, lautete eines der Argumente, soll „unter Verwendung von Asbest“ gebaut worden sein, die Sanierung koste wohl zwischen 30 und 40 Millionen Mark.

Noch dubioser ist ein anderer Vorgang, den die Berliner Staatsanwaltschaft derzeit noch recherchiert: Am 20. Juli 1990, 19 Tage nach Inkrafttreten der Währungsunion, hatte die DHB nach Justiz-Erkenntnissen „von den mit der Währungsumstellung entstandenen DM-Guthaben“ insgesamt 950 Millionen Mark auf ein DHB-Konto bei der Frankfurter Ost-West-Handelsbank überwiesen; dieses Institut ist eine von vier Ge-

schaftsbanken des Kreml im Westen. Bis heute ist nicht klar, wo die knappe Milliarde abgeblieben ist. Auch ist für die Fahnder nicht erwiesen, daß die BfG frühzeitig eine Ahnung von diesem Geheimvermögen hatte.

Wieand will wissen, daß die DHB die 950 Millionen in Frankfurt als Festgeld parkte. Die Ost-West-Bank jedenfalls ist ihm bestens bekannt – sie ist ebenfalls an der Züricher Eurasco beteiligt.

Rüstung

Wie die Kinder

Der Jäger 90 wird immer teurer. Dennoch wollen ihn die Militärs bauen lassen – mit immer neuen Begründungen.

Rudi Walther, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bundestag, erhielt eine überraschende Offerte aus Ottobrunn. Die bayerische Rüstungsfirma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) lud den Sozialdemokraten ein, den ersten Prototyp des Jägers 90 zu besichtigen.

Walther, einer der schärfsten Kritiker des Rüstungsprojektes, lehnte dankend ab: „Das könnte denen so passen, daß ich mich mit dem Wahnsinnsvogel fotografieren lasse.“

An Wahnsinn grenzt es schon, daß die christliberale Regierung trotz des dramatischen Wandels im Ost-West-Verhältnis an dem Milliardenprojekt für ein neues Kampfflugzeug festhält, das einst mit der „wachsenden Offensivfähigkeit“ des mittlerweile aufgelösten Warschauer Pakts begründet wurde.

Leichtfertig schlug Bonn die Warnungen des Bundesrechnungshofes vor unabsehbaren finanziellen und techni-

schen Risiken in den Wind. Trotz klammer Kassenlage werden weiter Steuergelder für den Jäger verpulvert.

Denn soviel steht fest: Der Jäger 90 kostet den Bund erheblich mehr als geplant. Statt der ursprünglich versprochenen 65 Millionen Mark pro Stück rechnet das Verteidigungsministerium jetzt mit 100 Millionen.

Die neuen Schreckenszahlen aus dem Verteidigungsministerium haben einige Politiker aufgescheucht. Allen voran plädierte Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann vorletzte Woche dafür, „das Projekt Jäger 90 baldmöglichst zu beenden“. Es sei „zu teuer und paßt nicht in die veränderte politische Landschaft“.

Dieser Meinung war – mitten im vorigen Bundestagswahlkampf – auch der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Hornhues. Seinem Kollegen Karl Lamers bescheinigte Hornhues gar, die „Mehrheitsmeinung der Fraktion“ wiedergegeben zu haben; der hatte prophezeit, „daß der Jäger 90 nie gebaut wird“. Auch CDU-Wehrexperte Paul Breuer kritisierte noch im August das Kriegsspielzeug als „der neuen Lage nicht mehr adäquat“.

Dennoch haben sich Union und FDP darauf verständigt, abzuwarten und erst mal eine Kommission für den Jäger einzusetzen.

Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg hatte den Koalitionären vorgezeichnet, ein Ausstieg der Deutschen aus der „Entwicklungsphase“ werde wegen der vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Partnern Großbritannien, Italien und Spanien 4,7 Milliarden Mark kosten. Für die vom Parlament bereits bewilligten 5,85 Milliarden Mark lasse sich – bei einem bescheidenen Inflationszuschlag von 3,5 Prozent im Jahr – das Flugzeug jedoch fertig entwickeln. Über die Beschaffung der von der Luftwaffe gewünschten 250 Jä-